

«Ich orte eine hohe Zufriedenheit»

ZUG Halbzeit für den Landammann: Matthias Michel zieht Bilanz – und bringt einen überraschenden Nachfolger ins Spiel.

INTERVIEW CHANTAL DESBIOLLES
chantal.desbiolles@zugerzeitung.ch

Er sei in aufgeräumter Stimmung, sagt Matthias Michel, als er in sein Büro führt. Seine Aussage ist wortwörtlich zu nehmen: Zwischen Kerzen, Weihnachtskärtchen und seinem Schreibtisch stehen mehrere Kisten. «Ich sortiere zweimal im Jahr aus», sagt der 48-jährige Regierungsrat und Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion. Seit einem Jahr ist er gleichzeitig als Landammann auch oberster Repräsentant der Regierung. Als solcher hat er sich in diesem Jahr darangemacht, die Führungsarbeit auf Regierungsebene zu stärken, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und den Stellenwert der Generalsekretäre zu heben. «Ich bin froh, dass man im Kanton Zug diese Funktion während zweier Jahre bekleidet», sagt er. Diese Ansicht hätten auch seine Vorgänger vertreten. «Während dieser Zeit kann man etwas bewirken.»

Matthias Michel, was bleibt von diesem Jahr aus Ihrer Sicht?

Matthias Michel: Ich habe in erster Linie intern gearbeitet, weniger gegen aussen. Wir haben die Debatten im Regierungsrat auf das Wichtige beschränkt, klar priorisiert und untergeordnete Geschäfte sehr schnell beraten. Ausserdem haben wir erstmals ein Treffen mit unseren Generalsekretären und -sekretärinnen organisiert. Mir ist es ein persönliches Anliegen, dass wir sie nicht nur als Manager in den Direktionen sehen, sondern auch als Sparringpartner, die politisch mitdenken. Sie sind sehr hoch qualifiziert, tragen unsere Arbeit mit und müssen sie gegen innen auch vollziehen. Dieses Gremium wird unter der Leitung von Tobias Moser künftig einen anderen Stellenwert bekommen. Mit ihm haben wir die Konferenz der Generalsekretäre gestärkt und die Staatskanzlei neu unter seiner Leitung gruppiert. Der neue Landschreiber hat sich übrigens gut eingearbeitet und unterstützt uns mit seiner Management-erfahrung sehr.

Sie haben die Führungsarbeit aber auch gegen aussen wahrgenommen?

Michel: Ja. Gegenüber den Exekutiven des Kantons. Wir haben die Idee wieder aufgenommen, alle zwei Monate bei jeweils einer der elf Gemeinden auf einen Besuch beim Gemeinderat vorbeizugehen. Das werden wir fortsetzen, um diese Zusammenarbeit auch auf menschlicher Ebene zu stärken. Einige Aufgaben, die wir vom Bund übernehmen, geben wir an die Gemeinden weiter. In einem solch kleinen Kanton verträgt es sich nicht, dass sich Kanton und Gemeinden auseinanderdividieren. Die Gemeindepräsidentenkonferenz haben wir auch getroffen; wir werden periodisch von ihr auch eingeladen, um Themen frühzeitig zu besprechen. Es geht darum, einerseits interne Kräfte zu nutzen und andererseits die Partner früh einzubinden.

Sie reden jetzt in erster Linie von organisatorischer Arbeit. Eigentlich sind sie aber ja Zugs Aussenminister ...

Michel: Das ist so, weil alle aussenpolitischen Anliegen, die nicht direkt einer Fachdirektion zugeordnet sind, von der Volkswirtschaftsdirektion vertreten werden. Da ich gleichzeitig auch Landammann bin, kann ich ausserhalb des Kantons mit etwas mehr staatsmännischem Gewicht auftreten (lacht). Mir bleiben zwei, drei schöne Erlebnisse in Erinnerung. Ich war beispielsweise im Südtirol, da ist der Landeshauptmann fast ein König, hat Bedeutung und Macht. Als Zuger Pendant sind mir die Türen sehr schnell aufgegangen. In der Schweiz kommt das viel weniger zum Tragen. In Zug haben wir diesbe-



«Sehr befriedigt von der Zusammenarbeit»: Matthias Michel.
Bild Werner Schelbert

züglich ein ganz anderes, mehr bürger- nahes und kollegiales Verständnis.

Also zählen Sie die Repräsentanz zu den Höhepunkten?

Michel: Sie gehört dazu, ja. Je mehr westwärts man kommt, umso abgehobener sind die Behörden, lassen sich in Staatskarossen chauffieren. Das Behördenverständnis ist ein anderes, da wird das mehr zelebriert. Einerseits müssen wir da schmunzeln. Andererseits genießt man diese Beachtung aber auch ein wenig, wenn man sie erhält.

Sie haben von Bedeutung gesprochen. Was für eine Bedeutung hat Ihre Funktion für Sie?

Michel: Ich habe Freude daran, die Regierung zu führen und den Takt anzugeben. In meiner Schublade liegt das Symbol dafür: ein Taktstock. Ein Dirigent lässt sein Orchester spielen, bestimmt aber das Tempo. Ich bündle gerne Ideen und Kräfte, diese Prozessverantwortung liegt mir. Auch das Vermittelnde ist Teil davon; ehe ich Regierungsrat wurde, habe ich eine Mediationsausbildung gemacht. Viele Dinge, die ich lustvoll mache, kann ich als Landammann zum Tragen bringen,

wieder gelegt, nachdem wir uns mit dem Ratsbüro zusammengesetzt haben. Ich orte eine hohe Zufriedenheit.

Wie zufrieden ist denn Ihre Familie mit Ihren zusätzlichen Verpflichtungen?

Michel: Ich habe versucht, intern mehr zu delegieren, meine Arbeit zu konzentrieren und die Belastung zu verteilen. Vor vier Wochen hat mein 15-jähriger Sohn gesagt, er wisse nun, was er werden wolle: Regierungsrat. Er hat offenbar ein gutes Bild von diesem Beruf, leidet also nicht unter meinem Engagement. Das ist für mich auch eine Bestätigung, eine Art Familientest. Sie würde es schnell merken, wenn mir meine Arbeit nicht Spass machen würde. Die Balance stimmt. Es gibt mindestens einen Familientisch pro Tag, derzeit während des Frühstückes. Das ist wichtig, und es bedeutet auch, dass ich mit diesem Amt klarkomme.

Wie politisch ist Ihre Familie denn?

Michel: Wir reden weniger über inhaltliche politische Positionen als mehr über Funktionen. Meine Kinder kennen meine

«Mehr und mehr müssen wir die Interessen des Kantons ausserhalb vertreten.»

Regierungskollegen und fragen schon mal nach. Wofür bist du denn jetzt zuständig, Papa? Sie sind sicherlich sensibilisiert.

Wo liegen die Tiefpunkte des vergangenen Jahres?

Michel: Die stammen in diesem Jahr nicht aus der unmittelbaren Umgebung. Fukushima hat die Energiepolitik auf den Kopf gestellt. Und hat Auswirkungen bis hinab in die Kantone. Ein solch trauriges, alles überschattendes Ereignis zeigt langfristige Auswirkungen und wirft viele Fragen auf, beispielsweise wie der Kanton mit seinen Axpo-Aktien umgehen soll. Persönlich betroffen gemacht hat mich der Anschlag auf Utoya im Sommer. Da hat man in Zug innerlich einmal mehr vibriert. Auch der Verlust von Einzelnen geht tief: Martin B. Lehmann war ein Kantonsrat, der viel Vertrauen über die Parteigrenzen hinweg hatte. Alle drei Ereignisse lassen einen ohnmächtig zurück.

Nächstes Jahr kommen aber viele grosse Projekte auf Sie zu.

Michel: Die Verwaltungsumbauten werden uns beschäftigen. Auf dem Arbeitsprogramm des Kantonsrats stehen auch viele Projekte für Bildung: Die Turnhallen und Schulraumpavillons sowie der neue Trakt der Kanti, für das KGM Menzungen und die Mittelschulen an der Hofstrasse, auch bei den Brückenangeboten haben wir etwas in Planung. Auch inhaltlich hat die Bildung hohen Stellenwert: Es stehen ein Gesetz für die eigenständige Pädagogische Hochschule Zug, der Beitritt zur FHZ-Fachhochschul-Ver einbarung und zur internationalen Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (HFSV) an. Sodann ist das Integrationsgesetz ein grosses Thema. Und die Alterspolitik: Soll sich der Kanton – und wenn ja, wie – engagieren? Grundsätze müssen wir auch im Bereich des Öffentlichkeitsgesetzes fällen: Ist die Verwaltung per se geheim oder öffentlich? Ausserdem brauchen wir gesetzliche Grundlagen für das ganze E-Government. Heute kann man zwar die Steuererklärung online ausfüllen, aber nicht auch gleich verschicken.

Reden wir über die interkantonale Zusammenarbeit. Wie lässt sie sich an?

Michel: In den letzten drei, vier Jahren hat sie uns sehr beschäftigt. Jedes Regierungsmitglied ist da in irgendeiner Form engagiert. Das war noch wesentlich anders, als ich in die Regierung kam. Da waren wenig Verbündete, kaum Allianzen. Das hat sich grundlegend geändert. Ich bin fast wöchentlich in Zürich, Luzern oder Bern, beispielsweise für die Metropolitankonferenz. Zudem habe ich jetzt gerade das Präsi-

dium übernommen der Europakommission der Konferenz der Kantone. Mehr und mehr müssen wir die Interessen des Kantons ausserhalb unseres Kantons vertreten. Ich zähle aufs Verständnis, dass wir deshalb manchmal kantonsintern weniger präsent sein können.

Sie haben die PHZ angesprochen. Ist sie nun Sorgenkind oder Pflegefall?

Michel: Weder noch. Ein Pflegefall wäre sie, wenn sie leer wäre. Sie ist aber Ausbildungsplatz von rund 300 Studenten. Eigentlich ist das eine Perle, die man pflegen sollte. Die Frage ist, wie. Und: Sind wir bereit, für den Wert, den wir hier haben, auch die nötigen Finanzen aufzuwerfen? Das kostet uns ein paar Millionen mehr, als wenn wir die Studierenden in andere Kantone schicken. Bereits bisher hat man die Differenz, die dieser Standort pro Kopf mehr kostet als ein anderer, draufgezahlt. Unter dem Strich wird uns die PH etwa gleich viel kosten wie bisher.

Reden wir über Wachstum. Die Regierung propagiert, auf die Bremse zu treten. Für Sie als Volkswirtschaftsdirektor muss das ein Spagat sein.

Michel: Es wäre vermessen zu meinen, dass der Staat bestimmen könnte, ob eine Firma sich hier ansiedelt oder nicht. Wir haben einen freien Markt. Jeder, der hier eine Wohnung oder ein Büro findet, kann nach Zug kommen. Die Instrumente, die wir in dieser Frage haben, sind Richtplanung und Zonenordnungen. Wir wollen das Wachstum nicht weiter vorantreiben und haben der Siedlungsbegrenzung im Richtplan und der Einwohnerzahl Grenzen gesetzt. Im Detail erarbeiten wir das mit den Gemeinden. Das ist die schwierigste Aufgabe überhaupt. Ich habe noch nie eine Behörde gesehen, die sagt: Wir wollen nicht mehr wachsen. Ein gewisses Wachstum muss man ermöglichen. Der Kanton Zug setzt auf Verdichtung, beschränkt also die Höhe nicht. Mit den Projekten Roche und Scheibenhochhaus ist auch aufgezeigt, dass es möglich ist, qualitativ in die Höhe zu wachsen.

Für preisgünstigen Wohnungsbau hat der Kantonsrat 50 Millionen gesprochen. Man hat den Eindruck, in dieser Hinsicht sei noch nicht viel gegangen.

Michel: Das ist ein laufender Prozess. Wir sind daran, die Gemeinden mehr in Pflicht zu nehmen, aber das geht nur durch Überzeugungsarbeit. Ein rechtliches Instrument, um sie dazu zu verpflichten, preisgünstigen Wohnraum anzubieten oder zu fördern, haben wir nicht. Auch wenn die politische Meinung vorherrscht, dass das so sein sollte. Nur Geld zur Verfügung zu stellen, reicht nicht. Es ist ein langer Weg, und die Gemeinden müssen merken, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt.

Es heisst, Sie tragen sich nach dieser Amtszeit mit einem Rücktritt. Sie hätten dann die Möglichkeit, in Ihrem angestammten Beruf als Jurist den Anschluss zu erwischen?

Michel: Ich schaue nicht zurück. Für mich gibt es ohnehin ein Leben nach dem Regierungsrat – ich bin jetzt 48. Da interessieren mich auch andere Perspektiven. Es ist nun aber nicht so, dass ich mich aktiv umschaue und dass dieser Fixpunkt schon gesetzt wäre. Ich bin nach wie vor voll motiviert als Regierungsrat. Aber irgendwann kommt dieser Moment sicher. Es ist mehr die Frage, welcher Zeitpunkt der richtige ist.

Jurist und Mediator

ZUR PERSON Vor neun Jahren wurde Matthias Michel (48) in die Regierung gewählt. Zuvor war er als FDPLer während sieben Jahren im Kantonsrat. Aufgewachsen in der Stadt Zug, studierte er Jura in Zürich und Lausanne, wo er auch promovierte. Der ausgebildete Mediator ist verheiratet, hat vier Kinder und wohnt in Oberwil.